

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/115

Bonn, den 25. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Bundeshaushalt und Konjunktur</u>	86

Reformen nur möglich bei progressiver Finanzpolitik

Von Hans Hermsdorf, MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

3 - 4	<u>FDP "aufgerappelt"</u>	67
-------	---------------------------	----

Enttäuschte Hoffnungen der CDU

Von Jochen Schulz,
Sprecher des Vorstandes der SPD

5	<u>Ist die Nation nur noch eine Fiktion?</u>	51
---	--	----

Gedanken zu einem Gespräch an der Zonengrenze

Von Dr. Heinz Kreuzmann, SPD-MdB

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert
"Ein Krisenjahr wie 1966/67 wird es nicht wieder geben"

Bundeshaushalt und Konjunktur

Reformen nur möglich bei progressiver Finanzpolitik

Von Hans Hermsdorf, MdB,

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Zwei Tage vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag den ersten Etat verabschiedet, den eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung dem Parlament vorgelegt hatte.

Mit der Regierungserklärung vom 29. Oktober 1969 hat sich die Bundesregierung ein konkretes Ziel gesteckt, ein Ziel, das man in vier Jahren erreichen will. Die Verabschiedung des Haushalts 1970 war ein erster Schritt zur Erreichung dieses Ziels. Die Richtung des weiteren politischen Weges wurde festgelegt. Wenn wir heute den Etat 1970 vor uns liegen haben, dann sollten wir nicht die Schwierigkeiten übersehen, die bis zu seiner endgültigen Verabschiedung uns immer wieder die Arbeit erschwerten.

Die Grundkonzeption des Haushaltes 1970 muß nach zwei Gesichtspunkten beurteilt werden: Einmal nach der konkreten politischen Zielsetzung der Bundesregierung und der sie tragenden Regierungskoalition und zum anderen nach den konjunkturellen Wertungen einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Beide wurden miteinander verbunden und schlugen sich in den konkreten Zahlen des Etats nieder. Der Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes wies ein Ausgabevolumen in Höhe von 91,4 Milliarden DM aus. Um der konjunkturellen Situation Rechnung zu tragen, verfügte die Bundesregierung Ausgabesperrn in Höhe von 2,7 Milliarden DM. Von diesen konjunkturell bedingten Ausgabesperrn wandelte der Haushaltsausschuß 2,1 Milliarden DM in echte Kürzungen um. Damit ergibt sich ein neues Ausgabevolumen für den Etat 1970 von 89,3 Milliarden DM. Weitere 440 Millionen DM Konjunktursperrn wurden aber aufrechterhalten. Solange es die angespannte konjunkturelle Situation nicht ermöglicht, werden diese gesperrten Beträge vom Bundesfinanzminister nicht freigegeben.

Nach den Steuerschätzungen vom 6. Mai d.J. können Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,6 Milliarden DM und andere Mehreinnahmen von 124 Millionen DM für 1970 erwartet werden. Diese Mehreinnahmen werden der obligatorischen Konjunkturausgleichsrücklage in Höhe von 1,5 Milliarden DM zugeführt und weitere 100 Millionen DM auf einem Sonderkonto bei der Deutschen Bundesbank stillgelegt. Dieser Sonderkonto werden auch etwaige weitere Steuermehreinnahmen und durch Minderausgaben freigewordene Mittel überwiesen.

Die Steigerungsrate der Ausgaben in 1970 wird gegenüber 1969 9 v.H. betragen. Sie liegt damit unter dem erwarteten Sozialprodukt-

zuwachs von 12 1/2 v.H. für 1970. Diese Steigerungsrate von 9 v.H. liegt noch an der unteren Grenze der zu verantwortenden öffentlichen Ausgabenpolitik. Bei Aufrechterhaltung der Sperre für das gesamte Jahr ist keine Nettokreditaufnahme des Bundes vorgesehen. Im Gegenteil, der Bund wird in 1970 mit einem Finanzierungsüberschuß in Höhe von 1,6 Milliarden DM rechnen können.

Die in den Haushaltsentwurf eingebrachten Rücklagenbildungen stellen sicher, daß die konjunkturbedingten Steuereinnahmen bei der Bundesbank stillgelegt und somit dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden. Um die konjunkturdämpfende Wirkung noch zu erhöhen, sind Schuldenbildungen auf diese obligatorische Rücklage im Gegensatz zu 1969 nicht anrechenbar. An diesem von der Bundesregierung vorgelegten und vom Parlament mit Mehrheit verabschiedeten Zahlenwerk des Bundeshaushaltes versuchte die Opposition ihre heftige Kritik anzubringen. Sie hat weitere Kürzungen verlangt, um der wirtschaftlichen Entwicklung dämpfend entgegenzutreten zu können. Doch die Opposition weiß genau, daß beliebige Kürzungen nicht vorgenommen werden können, wenn man der Gesamtentwicklung nicht schaden will. Man muß feststellen, daß mit diesem Verlangen nach weiteren Kürzungen die sachbezogene Ebene verlassen wurde. Doch das will ich nur am Rande erwähnen, denn die heftigen polemischen Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen sollen nicht wieder belebt werden. Ich hoffe, daß zukünftige Beratungen in einem mildereren Klima verlaufen werden.

Die Bundesregierung und das Parlament kann im Interesse einer aktiven langfristigen Wachstumspolitik bei länger anhaltender Hochkonjunktur das Haushaltsvolumen nicht beliebig kürzen, ohne der Volkswirtschaft erhebliche Schäden und Verzögerungen im Wachstum zuzufügen. Der Staat könnte dann seine Aufgaben nicht mehr erfüllen und eine Unterversorgung mit öffentlichen Investitionen würde zu großen Verzerrungen im gesellschaftlichen Gefüge führen. Anstehende, drängende Aufgaben im Bereich der öffentlichen Aufgabenerfüllung würden dann in einer nicht mehr zu verantwortenden Weise in die Zukunft verschoben werden. Das Erbe einer solchen Politik kann man heute schon im Bereich der Bildung erkennen.

Bei dem Verlangen der CDU/CSU um weitere Kürzungen handelt es sich nicht um die erscheinbare Aufschiebung von Staatsaufgaben, sondern um den gänzlichen Verzicht auf bestimmte Notwendigkeiten des Staates, was zu einem Konflikt mit den erklärten Zielen der Bundesregierung führen würde. Es kann aber nicht im Interesse der Bundesregierung liegen, in weiten Teilgebieten auf die politische Zielsetzung zu verzichten. Die inneren Reformen können nur dann verwirklicht werden, wenn sie im Einklang mit einer progressiven Finanzpolitik stehen. Geschieht das nicht, dann wird das Verhältnis zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum noch schlechter. Es ist daher erklärte Politik der Bundesregierung und der Koalitionsparteien, dieses aufgezeigte Verhältnis zu verbessern. Der verabschiedete Haushalt 1970 ist konjunkturgerecht und dennoch ein Schritt zur Verwirklichung der Regierungserklärung.

FDP "aufgerappelt"

Enttäuschte Hoffnungen der CDU

Von Jochen Schulz,
Sprecher des Vorstandes der SPD

"Wir haben uns wieder aufgerappelt" - mit diesen optimistischen Worten beendete der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Walter Scheel, den 21. Ordentlichen Parteitag der FDP. Soweit es den Parteitag angeht, ist die Aussage Scheels fundiert. Eine Woche nach dem für seine Partei ungünstigen Ausgang der Landtagswahlen in NRW, Niedersachsen und im Saarland hatten manche erwartet, die 400 Delegierten würden ein Schorbengericht über den alten Parteivorstand abhalten. Das Gegenteil ist eingetroffen. Nach harten Auseinandersetzungen sah sich die "national-liberale" Gruppe der Parteitagsdelegierten am ersten Tage in der Minderheit. Dr. Erich Mende, auf dessen Person sich die Auseinandersetzungen konzentriert hatten, unterlag, seine Interview-Auftritte wurden mißbilligt - er verließ den Parteitag.

Ein Vergleich des Abstimmungsergebnisses des ersten Tages über den Mißbilligungsantrag gegen Mende (233 "Ja"- gegen 102 "Nein"-Stimmen) mit den Ergebnissen der Vorstandswahlen zeigt, daß sich das Verhältnis der zunächst gegen die Politik des Vorstandes gerichteten Gruppe zu der die derzeitige FDP-Politik gutheißenden Mehrheit von etwa eins zu zwei auf eins zu fünf zu Ungunsten der Oppositionsgruppe verschlechterte. Man darf annehmen, daß die Mittelgruppe sich spätestens nach Schluß des ersten Verhandlungstages für die Vorstandspolitik entschieden hat.

Diese Entwicklung dürfte in erster Linie auf das Überzeugende Auftreten des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter, aber auch Frau Hamm-Brüchers und anderer Mitglieder der FDP-Führungsgruppe zurückzuführen sein. Sicherlich hat nicht zuletzt die gegenüber Einzelheiten nicht unkritische, insgesamt aber die Außenpolitik der Bundesregierung klar bejahende Rede des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden v. Kühlmann-Stumm zu der Meinungsbildung der nicht kleinen Mittelgruppe

unter den 400 Delegierten beigetragen.

Mit Genugtuung ist die in Moskau gewonnene Erkenntnis Kühlmanns zu registrieren, daß das Klima in der Sowjethauptstadt für die anstehenden Verhandlungen günstig ist und man jetzt nichts verschütten solle.

Genau das hatte die CDU/CSU-Opposition vom Parteitag der FDP erhofft. Man versprach sich von einigen, kurz vor dem Parteitag lancierte Meldungen und öffentlichen Aussagen Mendes ein Umschwenken der FDP auf den gar nicht existierenden Kurs der Opposition. Ein enttäuschter Kommentar im "Deutschland-Union-Dienst", dem Pressedienst der CDU/CSU, zum FDP-Parteitag spricht Bände.

Diese Hoffnung der CDU/CSU ist von den Freien Demokraten eindrucksvoll zerstört worden: "Die FDP begrüßt die Deutschland- und Außenpolitik der Bundesregierung voll inhaltlich, die sich als eine gesamteuropäische Politik der Annäherung, des Ausgleichs und der Friedenssicherung versteht", lautet der erste Satz eines mit überwältigender Mehrheit angenommenen Antrages. In seinem Referat machte Bundesinnenminister Genscher dies noch einmal - an die Adresse der CDU/CSU - deutlich: "Wer angesichts der Unmöglichkeit, den Zweiten Weltkrieg noch 1970 nachträglich zu gewinnen, wer angesichts der weltpolitischen Konstellation nein sagt zu einer Entspannungspolitik, die sich auf diese Grundsätze stützt (gemeint ist die 6-Punkte-Erklärung der Bundesregierung vom 6. Juni 1970, in denen sie ihre Erwartungen für die Verhandlungen mit der Sowjetunion formuliert hat), der soll ehrlich sagen, daß er gar keine Ostpolitik will".

Alle diese Aussagen, das Referat Scheels wie der Bericht Mischicks, die Abstimmungen und die Debatte und schließlich die Präsidiums- und Vorstandswahlen haben sehr deutlich werden lassen, daß die FDP mit der bestätigten Führungsgruppe die bisherige Politik fortsetzen will. Die Freien Demokraten sind sich klar darüber, daß ihr Weg steinig sein wird, ehe sich ihre konsequente Politik an der Seite des Koalitionspartners mit Wählerstimmen bezahlt macht. Diese Erkenntnis sprach Walter Scheel offen aus. Aber sie sind sich ganz offensichtlich auch genauso klar darüber, daß es keine Alternative zu dieser, mit der SPD für vier Jahre verabredeten, in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 fixierten Politik gibt.

Dieser Parteitag könnte der Startschuß für einen langen Marsch der FDP gewesen sein, auf dem sich die Gesamtpartei wieder "aufrappelt"

Ist die Nation nur noch eine Fiktion?

Gedanken zu einem Gespräch an der Zonengrenze

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB

Journalisten aus Bonn und Nordhessen, Politiker aus den gleichen Räumen fanden sich jüngst zu einem deutschlandpolitischen Seminar an der hessischen Zonengrenze zusammen. Es war geprägt von den Begegnungen in Erfurt und Kassel, deren Wertungen in diesem Raum ihr besonderes Kolorit von der Nahtnähe der Grenze erhielten. Nun, die Meinungen der Diskussion gingen je nach dem politischen Standpunkt der Teilnehmer so auseinander, wie sie nun einmal in der Bundesrepublik auseinandergehen. So gesehen, war an dieser Diskussion nichts Ungewöhnliches.

Es gab eine andere Frage, an der sich die Geister leidenschaftlich entzündeten: an der Frage, ob der Begriff der Nation heute noch politisch relevant sei und welche Wertigkeit er in beiden Teilen Deutschlands besitze. Die Geister stießen hart aufeinander. Die Fronten gingen mitten durch die Parteien. Sie waren ein Teil des Streites der Generationen, manchmal auch ein Stück Frontstellung zwischen Historikern und Soziologen.

Die jüngeren Diskussionsteilnehmer sahen das Postulat nach einer Einheit der Nation als einen Rückfall in die Vergangenheit, als eine Gefahr für die Zukunft. Ein schnell Urteilender sprach sogar von dem Kodergeruch des Faschistoiden, der diesem Begriff anhänge. Die meisten meinten, die Nation errege die Menschen der Zeit nicht mehr. Sie wollten Friede, Ruhe und wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Selbst die, die noch den Begriff der Nation im Munde führten, bekämen rasch einen schalen Geschmack, wenn es darum gehe, etwa um dieser Nation willen materielle Opfer zu bringen oder Einbußen an Macht und Einfluß entgegennehmen zu müssen.

Die Älteren und die historisch Gebildeten lehnten sich gegen dieses Urteil auf. Für sie war die Nation, die Einheit der Nation, keine Schimäre. Sie lehnten zwar auch ab, was mit den Begriffen "national", "Nationalismus" und selbst "Nationalgefühl" ausgedrückt wird, aber für sie war die Nation eine Realität. Nation in Einheit, das waren für sie die nächsten Blutsverwandten im anderen Teil Deutschlands, Nation, das waren für sie Städte wie Eisenach und Leipzig, Halle und Rostock, Magdeburg und Stralsund. Keine Bilder aus dem Bilderband, sondern erlebtes Leben.

Ist es aber wirklich so, daß die Jungen drüben den Westen Deutschlands bereits als Ausland empfinden? Es wurde gesagt, niemand wisse, was die Menschen drüben wirklich dächten, wirklich fühlten. Auch bei uns wisse man das nur an Hand umstrittener Meinungsbefragungen. Aber hat Willy Brandt, als er dort drüben war, nicht etwas von dem Denken und Fühlen der Menschen gespürt? Ist nicht die Tatsache, daß in der Verfassung der DDR von den zwei Staaten deutscher Nation gesprochen wird, eine Verbeugung der Machthaber vor der Realität der Nation? Sind nicht die salvatorischen Klauseln in vielen Verträgen der DDR ein lebendiges Dementi aller in diesen Tagen nach Erfurt und Kassel gemachten Aussagen, daß diese Einheit der Nation zerstört sei? Glauben schließlich viele junge Menschen bei uns selbst, was sie sagen, wenn sie zwar die Einheit der Nation in Frage stellen, andererseits aber auf keinen Staat Europas, seine Entwicklung und seine Lage so gebannt sehen als auf diesen zweiten Staat deutscher Nation, der eben doch in einem anderen Verhältnis zu dieser Bundesrepublik steht als irgend- ein anderer Staat Europas!